



Detailansicht des Registereintrags

Volkmar Vogel

Aktuell seit 22.04.2026 10:55:50

Natürliche Person

Tätigkeit bis 12/21:

Parlamentarische/-r Staatssekretär/-in

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (19. WP)

Registernummer: R005605

Ersteintrag: 16.01.2023

Letzte Änderung: 22.04.2026

Letzte Jahresaktualisierung: 24.06.2025

Tätigkeitskategorie: Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin
oder selbständiger Berater

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,00

Mitgliedschaften (1):

1. Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (32):

Allgemeine Energiepolitik; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; EU-Gesetzgebung; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe; Cybersicherheit; Land- und Forstwirtschaft; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung"; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Güterverkehr; Personenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Automobilwirtschaft; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit dem Deutschen Bundestag zur Sachstandsauflärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln.

Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Regulierung der Resilienz und physischen Sicherheit Kritischer Infrastrukturen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland leistungsfähig zu halten

Beschreibung:

Einführung einer bundeseinheitlichen Auslegung der Gesetzgebung und sachgerechten Einbezug von Post-/Paketinfrastruktur in die Sicherheitsstrukturen.

Bundestags-Drucksachenummer:

BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe [\[alle RV hierzu\]](#)

2. Stärkung der Anforderungen an die Cybersicherheit, um Resilienz zu erhöhen

Beschreibung:

Einführung einer bundeseinheitlichen Auslegung der Gesetzgebung und sachgerechten Einbezug von Post-/Paketinfrastruktur in die Sicherheitsstrukturen.

Bundsrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 380/24 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): [Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes \(Vorgang\)](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/13184 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMI \(20. WP\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): [Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes \(Vorgang\)](#)

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)

3. Bedarfsgerechte Beschilderung von Rastanlagen auf Autobahnen

Beschreibung:

Bedarfsgerechte Ausstattung von Rastanlagen auf Autobahnen, insbesondere angemessene Beschilderung und schlanke Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Betroffenes geltendes Recht:

[StVO 2013](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Verkehrsinfrastruktur [\[alle RV hierzu\]](#)

4. Aufbau einer flächendeckenden Tank- und Ladeinfrastruktur umsetzen (u.a. Masterplan Ladeinfrastruktur)

Beschreibung:

Unterstützung bei Überlegungen zur Dekarbonisierung des Straßenverkehrs und dem damit einhergehenden Aufbau von alternativen Tank- und Ladeinfrastrukturen. Im Rahmen der Konzessionsverträge für die Bewirtschaftung von Rastanlagen wird sich dafür eingesetzt, ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Netz an E-Ladeinfrastruktur für Pkw und Nutzfahrzeuge an Autobahnen aufzubauen, um den Hochlauf der Elektromobilität zu unterstützen.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Erneuerbare Energien [[alle RV hierzu](#)]; Güterverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Personenverkehr [[alle RV hierzu](#)]; Verkehrsinfrastruktur [[alle RV hierzu](#)]

5. **Förderung E-Busse und die dazugehörige Infrastruktur**

Beschreibung:

Bis zum Jahr 2024 gab es Förderungen für die Neubeschaffung von Batteriebussen und der dazugehörigen Infrastruktur. Diese wurden aufgrund der Budgetkürzungen im Haushalt für 2024 nicht mehr berücksichtigt. Ziel ist es daher, dass diese Förderungen (ggf. auch in niedrigerer Form oder nur für Infrastruktur) wieder in den Haushalt für 2025 zu integrieren.

Betroffenes geltendes Recht:

[KSG](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]

6. **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette**

Beschreibung:

Forderung, von einer weiteren Verschärfung abzusehen, da das AgrarOLkG bereits über die europäischen Vorgaben hinausgeht. So soll von einer Ausweitung des Anwendungsbereichs, eine Erweiterung pauschal verbotener Klauseln sowie von der Einführung einer Generalklausel abgesehen werden. Darüber hinaus sollte die für 2025 angekündigte Evaluierung der UTP-Richtlinie auf EU-Ebene abgewartet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

[AgrarOLkV](#) [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [[alle RV hierzu](#)]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [[alle RV hierzu](#)]; Wettbewerbsrecht [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2503310358](#) ([PDF - 1 Seite](#))

Adressatenkreis:

Versendet am 18.03.2025 an:

Bundestag

7. Beibehaltung bestehender rechtlicher Regelungen im Bereich des Tabaksteuergesetzes

Beschreibung:

Beibehaltung bestehender rechtlicher Regelungen im Bereich des Tabaksteuergesetzes (TabStG).

Betroffenes geltendes Recht:

TabStG 2009 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

8. Änderung des MessbG

Beschreibung:

Mit der Änderung im § 6 MessbG sollen Preisobergrenzen für wettbewerbliche Messstellenbetreiber für die Sparte Strom eingeführt werden. Ziel der Interessenvertretung ist eine marktgerechte und marktwirtschaftliche Ausgestaltung der Preisobergrenzen, die einen Interessenausgleich zwischen wettbewerblichen Messstellenbetreibern, Eigentümern und Mietern sicherstellt.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 383/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts zur Stärkung des Verbraucherschutzes im Energiebereich sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

MessbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2512220040 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.10.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

9. Bedarfsgerechte Umsetzung Art. 14 EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)

Beschreibung:

Forderung einer zügigen, aber bedarfsgerechten Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1275 über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), in nationales Recht, entsprechend den Inhalten des Masterplans Ladeinfrastruktur 2030 der Bundesregierung. Es bedarf bei Nichtwohngebäuden (z.B. auf Handlungsparkplätzen) einer alternativen Erfüllungsoption, die neben der reinen Anzahl der Ladepunkte auch eine qualitative, nach Ladeleistung berechnete Erfüllungsoption der Ausbaupflichtung vorsieht.

Betroffenes geltendes Recht:

GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2603300028 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (1)

1. Auftrag

Im Rahmen des Auftrags zur Unterstützung der Aufträge der EUTOP Group werden Gespräche mit

Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und der Bundesministerien sowie mit dem

Deutschen Bundestag zur Sachstandsaufklärung sowie etwaiger Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt. Zweck der

Interessenvertretung ist es, die Sicht der beauftragenden Organisationen zu vermitteln. Dies betrifft insbesondere die EUTOP-Mandate British American Tobacco (Industrie) GmbH, Wirtschaftsprüferkammer, Techem, VTG GmbH, EDEKA Zentrale Stiftung & Co. KG, PPF Group N.V., Deutsche Post AG, Daimler Truck AG, Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH & Co. KG, Amadeus IT Group, SA, Skoda Transportation a.s. und Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arzneimittel, Automobilwirtschaft, Bauwesen und Bauwirtschaft, Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Cybersicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Gesundheitsversorgung, Güterverkehr, Handel und Dienstleistungen, Immissionsschutz, Industriepolitik, Klimaschutz, Land- und Forstwirtschaft, Lebens- und Genussmittelindustrie, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz,

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Personenverkehr, Sonstiges im Bereich "Gesundheit", Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung", Sonstiges im Bereich "Staat und Verwaltung", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Wirtschaft", Verkehrsinfrastruktur, Wettbewerbsrecht, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Konkrete Regelungsvorhaben: Regulierung der Resilienz und physischen Sicherheit Kritischer Infrastrukturen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland leistungsfähig zu halten, Stärkung der Anforderungen an die Cybersicherheit, um Resilienz zu erhöhen, Bedarfsgerechte Beschilderung von Rastanlagen auf Autobahnen, Aufbau einer flächendeckenden Tank- und Ladeinfrastruktur umsetzen (u.a. Masterplan Ladeinfrastruktur), Förderung E-Busse und die dazugehörige Infrastruktur, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe in der Wertschöpfungskette, Beibehaltung bestehender rechtlicher Regelungen im Bereich des Tabaksteuergesetzes, Änderung des MessbG, Bedarfsgerechte Umsetzung Art. 14 EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD)

Auftraggeber/-innen (1):

1. EUTOP Europe GmbH (EUTOP)

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen:

Der Auftrag zur Interessenvertretung wird selbst ausgeführt

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro